

# Nach homophobem Übergriff am Praterstern: Politik empört

Grüne fordern Statistik für Hassverbrechen

23. Oktober 2019



Gryffindor/Wikimedia - gemeinfrei

Noch immer keine Spur gibt es von jenem Unbekannten, der einen jungen Schauspieler in der letzten Woche zunächst schwulenfeindlich beschimpft und dann [ins Gesicht geschlagen](#) hat. Nun hat sich auch die Politik zu Wort gemeldet: Sie fordert eine Erfassung von Hassverbrechen und ein gemeinsames Vorgehen gegen Homophobie.

## Ohne sichtbaren Grund wurde der 30-Jährige zuerst beleidigt und dann geschlagen

Der Vorfall ereignete sich letzten Mittwoch gegen 22.30 Uhr am Praterstern. Ein Unbekannter beschimpfte und beleidigte den 30-jährigen Robert E. zunächst in der Bahnhofshalle. Der Angesprochene versuchte, dem Mann keine Aufmerksamkeit zu schenken und ging weiter.

„Als ich merkte, dass er mir folgte, wollte ich in der nächstbesten S-Bahn Schutz suchen. Ich dachte für einen Moment, ich hätte ihn abgehängt“, erinnert sich der Schauspieler. Doch der Unbekannte schlug dem Schauspieler in diesem Moment genau aufs linke Auge. Danach konnte der Mann unerkannt entkommen.

## **„Vorfälle häufen sich auch in Österreich“, ist Ewa Ernst-Dziedic besorgt**

„Vorfälle wie diese häufen sich auch in Österreich zunehmend, das sollte die Alarmglocken zum Läuten bringen. Wir dürfen diese nicht relativieren, sondern müssen sie ernst nehmen und thematisieren wie konkrete Schritte setzen, um solche Übergriffe zu verhindern“, erklärt die frischgebackene Grüne Nationalratsabgeordnete Ewa Ernst-Dziedic.

Sie fordert, dass Hassverbrechen auf bestimmte Zielgruppen von der Polizei gesondert erfasst werden, wie dies beispielsweise auch in Berlin der Fall ist. Dieser Forderung möchte sich Ernst-Dziedic nun auch im Nationalrat annehmen.

## **Hassverbrechen sollen erfasst werden, und es braucht mehr Anlaufstellen, fordern SPÖ und Grüne**

Die Grünen fordern eine bundesweite Antidiskriminierungsstelle wie in Deutschland sowie entsprechende Aufklärung in den Schulen, damit schon dort klar wird „dass Hate Crime kein Kavaliersdelikt ist“, so die Grün-Politikerin.

Forderungen, die man auch bei der SPÖ vertritt. „Von der polizeilichen Erfassung von Hate Crimes bis zu ausgebildeten und sensibilisierten Anlaufstellen braucht es ein umfassendes Paket, das Schutz und Hilfe für Betroffene bietet“, betonen die Vorsitzenden der sozialdemokratischen LGBTIQ-Organisation SoHo in Österreich und Wien, Mario Lindner und Bakri Hallak.

# **„Homophobie hat in unserer Gesellschaft keinen Platz!“, meinen die Neos**

Fassungslos ist auch Thomas Weber, Gemeinderat der Neos und bei den Wiener Pinken für LGBTIQ-Agenden zuständig. „Homophobie hat in unserer Gesellschaft keinen Platz. Genauso wenig wie Schweigen!“, erklärt er gegenüber GGG.at. Er wünscht sich ein gemeinsames Aufstehen der Politik gegen jede Form von Homophobie.

Das unterstützt auch die SoHo: „In jedem Bereich unserer Gesellschaft – von der Schule bis zur Arbeitswelt – muss klar sein, dass Gewalt und Hass keinen Platz in Österreich haben dürfen“, so Lindner und Hallak.

Vertreter der HOSI Wien haben sich auf Anfrage von GGG.at zu dem Vorfall noch nicht geäußert.